



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

118. Sitzung

Hannover, den 15. Dezember 2016

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 40:

Mitteilungen des Präsidenten11923
Feststellung der Beschlussfähigkeit.....11923

Tagesordnungspunkt 41:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/7050.....11923

Frage 1:

Welchen besonderen Herausforderungen bei der Behandlung kranker Straftäter müssen sich die niedersächsischen Maßregelvollzugseinrichtungen künftig stellen?11923

Volker Meyer (CDU)..... 11923, 11927, 11932

Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung .. 11924 bis 11938

Heidemarie Mundlos (CDU).....11927

Burkhard Jasper (CDU)11927, 11931

Petra Joumaah (CDU)11928, 11934

Ernst-Ingolf Angermann (CDU).....11928

Antje Niewisch-Lennartz, Justizministerin11928, 11932

Ansgar-Bernhard Focke (CDU).....11928, 11936

Rainer Fredermann (CDU).....11929

Adrian Mohr (CDU).....11929

Gabriela Kohlenberg (CDU).....11929

Annette Schwarz (CDU).....11930, 11936

Gerda Hövel (CDU).....11930, 11933

Holger Ansmann (SPD).....11931, 11936

Dr. Max Matthiesen (CDU)11931, 11934

Horst Schiesgeries (CDU)11933

Thomas Schremmer (GRÜNE)11933, 11935

Immacolata Glosemeyer (SPD).....11934, 11937

Dr. Thela Wernstedt (SPD)11935

Lutz Winkelmann (CDU)11937

Marco Brunotte (SPD).....11937

Jens Nacke (CDU).....11938

(Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 33, die nicht in der 118. Sitzung des Landtages am 15. Dezember 2016 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/7145 abgedruckt.)

Zur Geschäftsordnung:

Jens Nacke (CDU).....11938

Außerhalb der Tagesordnung:

Unterrichtung durch die Landesregierung über die bisher nicht vollzogene Abschiebung eines straffällig gewordenen abgelehnten Asylbewerbers11939

Boris Pistorius, Minister für Inneres und

Sport11939, 11941

Jens Nacke (CDU).....11940, 11942

Dr. Stefan Birkner (FDP).....11941

Tagesordnungspunkt 42:

Haushaltsberatungen 2017/2018 - Abschluss - Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017 - Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018) und Ergänzungsvorlage zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 - Abstimmungen zu Tagesordnungspunkten 16 bis 25, 38. Eingabenübersicht und Antrag nach § 23 Abs. 1 S. 2 GO LT - Schlusserklärungen - Schlussabstimmung.....11943

Björn Thümler (CDU).....	11949
Johanne Modder (SPD).....	11951
Christian Dürr (FDP).....	11954
Anja Piel (GRÜNE).....	11957
Beschluss.....	11960

Tagesordnungspunkt 43:

37. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 17/7055 - strittige und unstrittige Eingaben - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/7094 - Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/7130.....

11962	André Bock (CDU).....	11962
11963	Christoph Bratmann (SPD).....	11963
11964	Heinrich Scholing (GRÜNE).....	11964
11964	Dr. Gero Hocker (FDP).....	11964
11965	Lutz Winkelmann (CDU).....	11965
11965	Volker Bajus (GRÜNE).....	11965
11966	Beschluss.....	11966

Tagesordnungspunkt 44:

Abschließende Beratung:

Radikalenerlass - ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Niedersachsens - endlich Kommission zur Aufarbeitung der Schicksale der von Berufsverboten betroffenen Personen einrichten - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1491 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 17/7064 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/7131.....

11967	Bernd Lynack (SPD).....	11967, 11971
11969, 11972, 11976	Angelika Jahns (CDU).....	11969, 11972, 11976
11972, 11975, 11976	Meta Janssen-Kucz (GRÜNE).....	11972, 11975, 11976
11973	Dr. Stefan Birkner (FDP).....	11973
11976	Beschluss.....	11976

(Erste Beratung: 35. Sitzung am 15.05.2014)

Tagesordnungspunkt 45:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg - Girozentrale - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/6967 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/7057 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/7089.....

11977	Markus Brinkmann (SPD).....	11977
11977	Heiner Schönecke (CDU).....	11977
11978, 11981, 11984	11978, 11981, 11984

Christian Grascha (FDP).....	11979, 11983
Gerald Heere (GRÜNE).....	11980, 11981
Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister...	11982
Beschluss.....	11984

(Direkt überwiesen am 24.11.2016)

Tagesordnungspunkt 46:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungsrechts sowie zur Änderung anderer dienstrechtlicher Vorschriften - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/3512 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/7012 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/7081.....

11984	11984
-------	-------	-------

und

Tagesordnungspunkt 47:

Abschließende Beratung:

Familienzuschlag umbauen, Kinder in den Mittelpunkt stellen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/6820 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/7063.....

11985	Renate Geuter (SPD).....	11985
11986	Reinhold Hilbers (CDU).....	11986
11988, 11989	Gerald Heere (GRÜNE).....	11988, 11989
11989	Christian Grascha (FDP).....	11989
11990	Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister...	11990
11991	Beschluss (TOP 46).....	11991
11992	Beschluss (TOP 47).....	11992

(Zu TOP 46: Direkt überwiesen am 26.05.2015)
(Zu TOP 47: Direkt überwiesen am 02.11.2016)

Persönliche Bemerkung:

Ansgar-Bernhard Focke (CDU).....	11992
----------------------------------	-------

Nächste Sitzung.....	11993
----------------------	-------

Ich rufe die laufende Nr. 29 der Eingabenübersicht auf. Das ist die Eingabe 02771/11/17 betr. Umgang mit Lauge aus der Kali- und Salzproduktion.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU vor, der auf „Erwägung“ lautet. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet „Sach- und Rechtslage“.

Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses mit Mehrheit gefolgt.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 44:

Abschließende Beratung:

Radikalenerlass - ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Niedersachsens - endlich Kommission zur Aufarbeitung der Schicksale der von Berufsverboten betroffenen Personen einrichten - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1491 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 17/7064 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/7131

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zielt auf eine Annahme des Antrages in einer anderweitig geänderten Fassung.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Kollegen Lynack, SPD-Fraktion, das Wort.

(Unruhe)

- Ich darf noch einmal alle um Aufmerksamkeit bitten! Ich bitte, die Beratungen einzustellen, auch an der Regierungsbank! - Vielen Dank.

Bitte, Herr Kollege!

Bernd Lynack (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Tagesordnungspunkt ist für viele Menschen - einige von ihnen sind heute hier bei uns - ein historischer Augenblick.

Fast genau 45 Jahre ist es im Januar her, dass der Beschluss über den Radikalenerlass in Kraft getreten ist. Am 28. Januar 1972 fiel in der Konferenz der Ministerpräsidenten ein Beschluss, der für viele politisch engagierte Menschen in unserem Land im schlechtesten Sinne ein einschneidender Wendepunkt in ihrem Leben werden sollte.

Formell sollte dieser Erlass Menschen aus dem Staatsdienst fernhalten, die radikal linke oder rechte Positionen vertraten und der Verfassung gegenüber als pauschal feindlich einsortiert worden sind.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Herr Kollege Lynack! - Wir wollen nicht, dass das hier einreißt: Herr Kollege Thiele! Frau Kollegin Klopp! - Vielen Dank.

Bitte!

Bernd Lynack (SPD):

Danke.

Real hat es aber vor allem viele Menschen getroffen, die politisch links eingestellt waren. Es waren Menschen, die kritisch waren, ja, sie waren systemkritisch, sie hinterfragten den Status quo, sie stellten Gegebenheiten infrage, suchten nach Alternativen wie Sozialismus und Kommunismus. Das war sicherlich alles andere als der Mainstream des damaligen politischen Establishments.

Es war aber - davon bin ich zutiefst überzeugt - Teil der freien Meinungsäußerung, die elementarer Bestandteil unserer Demokratie ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Staat hat die Meinungsfreiheit, die er doch eigentlich schützen sollte, aktiv gebrochen und dabei das Leben vieler Menschen einfach mal so eben aus der Bahn geworfen.

Nehmen wir z. B. Udo Paulus aus Hildesheim, einen bei Schülerinnen und Schülern, Eltern und Kollegenschaft sehr angesehenen und beliebten Lehrer an einer Gesamtschule in Hildesheim. Seine Kandidatur zur Kommunalwahl für die Liste der

DKP hat dazu geführt, dass der Pädagoge im Herbst 1984 einen zehntägigen Prozess vor der Disziplinarkammer in Hannover über sich ergehen lassen musste.

Zu keiner Zeit seiner Lehrtätigkeit hat er auch nur ansatzweise versucht, im Unterricht zu indoktrinieren. Ganz im Gegenteil. Sogar die Landesschulbehörde bescheinigte ihm seinerzeit eine tadellose Dienstverrichtung. Doch alles das hat einfach keine Rolle gespielt. Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte. Eine Mitgliedschaft in der DKP war damals für viele Menschen einfach nicht mit dem jederzeitigen Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung vereinbar.

Der Gesamtschullehrer Udo Paulus musste nicht wegen seiner Person oder gar wegen eines Fehlverhaltens, wie man annehmen könnte, sondern für eine mehrere Jahre zurückliegende Kandidatur einfach so aus dem Dienst entfernt werden.

(Reinhold Hilbers [CDU] spricht mit
Björn Thümler [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte! - Herr Kollege Hilbers, das stört den Redner! - Vielen Dank.

Bitte!

Bernd Lynack (SPD):

Wichtig war einzig und allein, dass dieses Verfahren ganz schnell über die Bühne gebracht werden musste.

So wie Udo Paulus ist es seinerzeit rund 130 Menschen allein bei uns in Niedersachsen ergangen. Allesamt Einzelschicksale. Dahinter stehen Betroffene und deren Familien, so wie auch im Fall von Udo Paulus, deren Leben innerhalb kürzester Zeit völlig auf den Kopf gestellt worden ist. Eine ähnliche politisch begründete Ausgrenzung hat es nur in den USA in der McCarthy-Ära gegeben.

Zu Recht hat der damalige Bundeskanzler Willy Brandt - maßgeblich war er mitverantwortlich - diesen Beschluss rückblickend als einen der schwersten Fehler seiner eigenen Regierungszeit begründet. Auch wenn es rückblickend ein schwacher Trost für die Betroffenen sein mag, so ist diese Einsicht doch sehr wichtig.

Gerade für die SPD wiegt die Schuld besonders schwer, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben doch gerade wir in unserer Geschichte politische Verfolgung immer wieder selbst erfahren müssen.

Das, was unter dem Deckmantel unserer Verfassung passiert ist, sollte uns alle hier in diesem Haus berühren - vor allem, dass es hier in Niedersachsen bis 1990 dauern musste, bis die erste Regierung Schröder den Erlass endlich aufgehoben hat.

Es ist eigentlich sowieso unbegreiflich, dass es jetzt noch einmal weitere 26 Jahre dauern musste, bis wir weitere Schritte in Richtung Aufarbeitung gehen können. Diese Aufarbeitung ist noch längst nicht abgeschlossen. Aber den Weg dorthin wollen wir jetzt endlich beschreiten.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Beschluss ist insbesondere für die Betroffenen, aber auch für unsere Demokratie enorm wichtig - und das, obwohl er leider immer noch hinter dem zurückbleibt, was sich die Betroffenen eigentlich gewünscht hätten. Ich gebe aber zu bedenken, dass es hier nicht zu unterschätzen ist, dass wir heute gemeinsam einen dauerhaften Aufarbeitungsprozess starten wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, es wäre ein ganz starkes Signal, wenn dieser Beschluss heute hier einstimmig fallen könnte.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Der gesamte Niedersächsische Landtag tritt geschlossen vor die Betroffenen und bittet um Entschuldigung. Was für ein überfälliger Schritt! Geben Sie sich einen Ruck und beteiligen Sie sich an der Aufarbeitung der Geschichte! Es wäre ein wichtiges Signal - nicht für uns als Regierungsfraktion, nein, für die Betroffenen, die seinerzeit zu Unrecht aus dem Dienst entfernt worden sind und jetzt auf ein so wichtiges Zeichen ihrer Rehabilitation warten.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Mit unserem Änderungsantrag bleiben wir bereits ein ganzes Stück hinter unserer Ursprungsforderung zurück. Das ist ein Signal insbesondere an Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP. Hatten wir doch ursprünglich gedacht, dass wir alle gemeinsam eine Kommission einsetzen, gehen wir doch jetzt den Schritt zurück und sagen, in Richtung auf Sie ausgerichtet: Wir wollen es mit einem Beauftragten oder einer Beauftragten

versuchen. - Ich lade Sie ein: Stimmen Sie dem zu!
Treten Sie mit uns gemeinsam vor die Betroffenen!

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das Ergebnis steht doch schon fest!)

Ich kann mich nur wiederholen: Es wäre ein schönes Zeichen für alle vom Radikalenerlass betroffenen Menschen, wenn das ganze Haus hier mit einer Stimme sprechen könnte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können Geschehenes nicht ungeschehen machen. Aber wir können aus Fehlern lernen und zu unseren Fehlern stehen, und wir können auch um Vergebung bitten. Das wollen wir mit diesem Antrag heute tun. Wir wollen eine Aufarbeitung starten und so vielleicht eine Wiederholung von Unrecht in ähnlichen Zusammenhängen für die Zukunft verhindern. Dafür bitte ich Sie alle ganz herzlich um Ihre Zustimmung.

(Jens Nacke [CDU]: Haben Sie eigentlich den Rundblick gelesen?)

Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, den Betroffenen und unserem Land einen Teil seiner Würde zurückzugeben! Wir sind dabei. Ich hoffe, Sie auch.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Lynack. - Nun spricht für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Jahns. Bitte, Frau Kollegin!

Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag von Rot-Grün, der uns in der Beschlussempfehlung heute zur Beschlussfassung vorliegt, ist sprachlich noch einmal korrigiert worden. Ich bräuchte nur den Kommentar von Herrn Wallbaum aus dem Rundblick von heute vorzulesen, der eigentlich alles dazu sagt, was man zu dieser Situation sagen kann.

(Beifall bei der CDU)

Es heißt dort ausdrücklich: die „rot-grüne Vorverurteilung“. Meine Damen und Herren, dem können wir von der CDU uns nur anschließen.

(Beifall bei der CDU - Gerald Heere
[GRÜNE]: Das ist bedauerlicherweise falsch!)

Ich möchte aber auch einige Ausführungen dazu machen, wie wir im Innenausschuss mit diesem Antrag verfahren sind. Es hat Beratungen und Anhörungen gegeben.

Ich möchte an dieser Stelle auch auf Folgendes hinweisen, meine Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün: Sie haben nach zweieinhalb Jahren diesen Änderungsantrag eingebracht. Das muss man sich einmal überlegen. Und was enthält dieser Änderungsantrag eigentlich? - Ich darf einmal die Betroffenen, die heute hier sind und die vielleicht auch vor zweieinhalb Jahren hier waren, fragen: Welche Hoffnungen haben Sie damals in diesen Antrag gesetzt? - Nach dem heute hier vorliegenden Änderungsantrag ist überhaupt nichts umgesetzt - außer einer Formulierungsänderung. Die ursprüngliche Formulierung war „eine Beauftragte“. Diesen Begriff haben Sie wahrscheinlich verwendet, weil Sie schon eine Person im Hintergrund hatten, die Sie einsetzen wollten und die Sie uns natürlich nicht genannt haben.

(Jens Nacke [CDU]: Das steht auch im Rundblick!)

Aber die Wortwahl war „eine Beauftragte“. Von einer Kommission ist keine Rede mehr. Alles andere ist in diesem Änderungsantrag stehen geblieben. Ich frage mich: Warum hat es zweieinhalb Jahre gedauert, um diese eine Formulierung zu ändern?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Jens Nacke [CDU]: Man musste erst
Frau Rübke fragen, ob sie das macht!
Das steht nämlich auch im Rundblick!)

Wir haben zweieinhalb Jahre darauf warten müssen, dass diese Änderung kommt. Im Ausschuss sagte uns dann der Kollege Watermann von der SPD, der Ältestenrat müsse dazu noch seine organisatorischen Beschlussempfehlungen abgeben und auch sagen, in welchem Umfang dadurch Kosten entstünden.

Der Ältestenrat ist aber vom Zeitablauf her bis zum heutigen Plenum zu dieser Beschlussempfehlung nicht mehr in der Lage gewesen. Jedenfalls wurde der Beschluss im Innenausschuss schon vorher gefasst, obwohl die Empfehlung des Ältestenrats noch ausstand. Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen sagen: Der Ältestenrat hat überhaupt keine

Beschlussempfehlung dazu abgegeben, weil das nicht mehr möglich war.

Uns wurde dann mitgeteilt, Rot-Grün werde eventuell noch einen Änderungsvorschlag zum Haushalt machen und entsprechende Mittel für diese Beauftragte, für die Arbeit der Aufarbeitung dieses Themenkomplexes mit einplanen. Aber auch das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Keine Mittel dafür zur Verfügung zu stellen, einen solchen Änderungsantrag hier so zu verkaufen und den Betroffenen zu suggerieren „Wir setzen uns für euch ein“, das ist schon schäbig, meine Damen und Herren, das unterstützen wir nicht.

(Beifall bei der CDU - Petra Tiemann [SPD]: Was hier schäbig ist, müssen Sie uns schon mal zeigen! - Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Scheinpolitiker seid ihr!)

Ich komme zu den Anhörungen. Wir haben in der Vergangenheit zu diesem Thema auch Anhörungen gehabt. Dort wurde von den Betroffenen gefordert - von der GEW -, eine finanzielle Entschädigung zu zahlen. - Wie ich eben dargestellt habe, ist das wieder nicht im Haushaltsplan enthalten; also auch wieder nur leere Versprechungen. - Von der Vertreterin des DGB wurde angeführt, dass Rot-Grün 1990 endlich den Radikalenerlass aufgehoben habe; im Jahr 2014 - als dieser erste Antrag eingebracht wurde - regiere ja endlich wieder Rot-Grün, nun sei mit der Aufarbeitung dieser Problematik zu rechnen. Aber was ist passiert? - Ich habe es eben schon gesagt: Zweieinhalb Jahre lang ist überhaupt nichts passiert! Insofern, meine Damen und Herren, sollten Sie hier nicht noch Hoffnungen erwecken, die Sie sowieso nicht erfüllen. Das ist Vortäuschung falscher Tatsachen.

(Zustimmung bei der CDU)

Dann noch von „zeitnah“ zu sprechen, Frau Kollegin Janssen-Kucz - diesen Begriff „zeitnah“ haben Sie vor zwei Jahren schon benutzt und benutzen Sie jetzt wieder -, wenn man zweieinhalb Jahre braucht, um eine Formulierung zu ändern, ist wirklich lächerlich. Das muss man nicht unbedingt hinnehmen.

(Beifall bei der CDU - Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Was ist das für eine Argumentation! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, Sie sagen: „Wir wollen dieses Thema aufarbeiten.“ Wir haben uns bei der Einbringung des Antrags auch dafür ausgesprochen, dass das Thema Radikalenerlass aufgearbeitet werden sollte. Wir haben uns auch dazu bereit erklärt, mit Ihnen darüber zu sprechen - in welcher Form auch immer. Das haben Sie in den ganzen Jahren nicht getan. Sie haben uns jetzt einfach diesen Änderungsantrag vorgelegt, der nichts aussagt, und Sie haben keine Organisation. Sie haben nur wieder darauf hingewiesen, dass Sie die Betroffenen beteiligen wollen, dass Sie Gewerkschaften beteiligen wollen. Aber diejenigen, die anderer Meinung sind - wie es z. B. schriftlich oder mündlich in der Anhörung deutlich geworden ist -, beteiligen Sie gar nicht. Das geht aus keinem Satz hervor. Deshalb können wir das nicht unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Im Gegenteil, in der Anhörung ist von einer Betroffenen auch sehr deutlich gemacht worden, dass nur die eigene Meinung zählt. Wir als Innenausschuss sind dafür kritisiert worden, dass wir unterschiedliche Professoren um Stellungnahme gebeten haben. Meine Damen und Herren, da kann ich nur sagen: Das kann es doch nicht sein! Der Innenausschuss fasst einen einstimmigen Beschluss, und dann werden wir dafür kritisiert, dass wir Professoren um Stellungnahme gebeten haben, die dann eine andere Auffassung vertreten! - Diese andere Auffassung ähnelt dem Kommentar von Herrn Wallbaum heute.

(Glocke der Präsidentin)

Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Wenn wir bereit sind und in der Vergangenheit auch noch einmal von Ihnen angesprochen worden wären, dann muss man dieses Thema auch sachlich, offen und neutral behandeln und darf man nicht nur einseitig die Demokratie in Niedersachsen und in Deutschland infrage stellen.

Wir haben Ihnen von Anfang an zu diesem Thema gesagt, dass der Radikalenerlass, der damals unter Bundeskanzler Willy Schmidt

(Heiterkeit und Zurufe - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Entschuldigung: Willy Brandt - beschlossen worden ist, unserer Auffassung nach bundesweit aufgearbeitet werden muss. Ich habe Sie schon vor zweieinhalb Jahren gefragt, ob Sie auch bundesweit Erkenntnisse gesammelt haben, dass in anderen Bundesländern daran gearbeitet wird. Dazu

haben Sie gesagt: Nein, das werden wir aber tun! - Genauso galt das für den DGB. Bis heute habe ich jedoch keinerlei Informationen, dass aus anderen Bundesländern eine derartige Initiative gestartet wurde.

(Glocke der Präsidentin)

Deshalb sage ich Ihnen an dieser Stelle: Wir werden diesen Antrag heute nicht unterstützen, weil er einseitig ist. Damals gab es die Problematik RAF, DKP usw. Heute haben wir wieder Vorfälle und Kriminalitätsentwicklungen, bei denen man vermutet, dass die RAF darin involviert ist. Dieses Thema ist also nicht vom Tisch.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:
Sie müssen zum Schluss kommen, Frau Kollegin!

Angelika Jahns (CDU):

Deswegen sage ich Ihnen heute hier an dieser Stelle: Mit diesem Antrag, den Sie hier formuliert haben, sind wir überhaupt nicht einverstanden. Wir werden ihn nicht unterstützen.

(Beifall bei der CDU - Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Starkes Stück hier, ehrlich!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:
Vielen Dank, Frau Kollegin Jahns. - Auf Sie gibt es nun zwei Kurzinterventionen. Zunächst eine Kurzintervention des Kollegen Lynack, SPD-Fraktion. Bitte!

Bernd Lynack (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Jahns, das, was Sie hier gerade zum Besten gegeben haben, trifft weniger mein Schienbein als dasjenige der Betroffenen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sich hier einfach hinzustellen, den Spieß umzudrehen und zu sagen, zweieinhalb Jahre sei nichts passiert:

(Angelika Jahns [CDU]: Ja!)

Am Rande vieler Plenarsitzungen - daran kann ich mich erinnern - haben wir überfraktionell versucht,

(Angelika Jahns [CDU]: Nein, nein, nicht mit mir!)

einen Kompromiss zu erarbeiten. Aber sowohl Sie als auch eine andere Oppositionsfraktion hatten keine Lust, da weiter mitzuarbeiten.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Filiz Polat [GRÜNE]: Unverschämte!)

Die Wahlperiode geht langsam zu Ende. Wir haben den Betroffenen versprochen, etwas für sie zu tun, uns einzusetzen. Das setzen wir jetzt um, und jetzt handeln wir.

Ich lade Sie nochmals ein: Seien Sie dabei!

Punkt 2. Sie reden von Kosten. Sie haben gesagt, in dem Antrag stehe nichts über Kosten. Dazu erstens: Was die Kosten einer Beauftragten bzw. eines Beauftragten angeht, hat die Landesregierung bereits zugesagt, uns dabei unterstützen zu wollen. Das nehmen wir erst einmal so hin.

(Jens Nacke [CDU]: Nach dem Rundblick ist das ein Versorgungsposten, der für eine ehemalige Abgeordnete geschaffen wurde! Das steht doch längst im Rundblick! Tut doch nicht so, als ob das nicht längst feststeht! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Herr Nacke, ich wusste schon, warum ich auf dem Schulhof nicht mit solchen Lautsprechern zusammenstehen wollte.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:
Einen Moment, bitte, Herr Kollege Lynack! - Herr Nacke, ich darf Sie bitten, hier keinen Dialog zu eröffnen.

(Angelika Jahns [CDU] meldet sich zu einer Kurzintervention)

- Frau Kollegin Jahns, Sie brauchen keine Kurzintervention. Sie haben sowieso die Möglichkeit, im Anschluss an die zweite Kurzintervention zu antworten.

(Unruhe)

- Wenn jetzt Ruhe eingekehrt ist, fahren wir fort.
Bitte, Herr Kollege!

Bernd Lynack (SPD):
Danke schön, Frau Präsidentin.

Zu den Kosten der Entschädigung, deren Haushaltsveranschlagung Sie angemahnt haben: Das haben wir weder in unserem ersten Antrag gemacht, noch haben wir versucht, das den Betroffenen zu suggerieren, verehrte Kollegin Jahns. Jetzt

stellen Sie sich hier bitte nicht so hin und unterstellen uns, dass wir das getan hätten! Keiner von uns auf dieser Seite des Hauses hat es getan.

(Angelika Jahns [CDU]: Das habe ich auch nicht gesagt! - Glocke der Präsidentin)

- Das haben Sie hier eben ganz laut und deutlich erklärt. Das haben alle mitbekommen.

(Widerspruch bei der CDU)

Und dann noch etwas.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:
Sie haben jetzt nur noch einen Satz!

Bernd Lynack (SPD):

Niemand nimmt die Demokratie für sich allein in Anspruch - nicht die Betroffenen, nicht wir und auch nicht Sie.

Fröhliche Weihnachten!

(Beifall bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Die Grünen schon!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Nun hat für eine Kurzintervention Frau Kollegin Janssen-Kucz, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort. Bitte, Frau Kollegin!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieses Klima, dieser Beitrag von Frau Jahns spiegelt die Anhörung wider. Frau Jahns, wie stehen Sie eigentlich dazu, dass Sie die Angehörten in der Anhörung gefragt haben, ob sie zur freiheitliche demokratischen Grundordnung stehen?

(Lachen bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das ist meine erste Frage.

Der zweite Punkt betrifft den Kreis der Anzuhörenden. Es gab einen Anzuhörenden, der auf Vorschlag der CDU eingeladen wurde, aber nicht gekommen ist. Er hat in einem Schreiben mitgeteilt, in diesem Antrag gehe es doch wohl darum, dem Linksextremismus der 70er- und 80er-Jahre einen Persilschein auszustellen und eine rechtsstaatliche Märtyrerkrone aufzusetzen und den Rentnern eine APO-Genugtuung zu bereiten

(Filiz Polat [GRÜNE]: Unverschämtheit!)

und als Nebeneffekt frühere Landesregierungen zu denunzieren, die ja gegen die Verfassung verstoßen hätten. Für ihn sei dieser Antrag indiskutabel. - Das war ja auch die Argumentation von Frau Jahns.

Frau Jahns, nehmen Sie doch einfach einmal Stellung dazu, mit welchen Anzuhörenden, mit welchen Unterstellungen Sie in der Anhörung und auch danach gearbeitet haben, auch gegenüber der Presse!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Frau Kollegin Jahns antwortet auf die Kurzintervention. Bitte!

Angelika Jahns (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Natürlich antworte ich gerne darauf.

Herr Lynack, Sie haben gesagt, dass Sie den Betroffenen niemals versprochen hätten, Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. - Das habe ich auch nicht gesagt. Ich habe gesagt, in der Anhörung haben die Betroffenen gefordert - das war der Vertreter der GEW -, dass es auch eine finanzielle Entschädigung geben soll.

(Björn Thümler [CDU]: Eben!)

Deswegen haben wir darauf abgestellt und gefragt, wo diese Unterstützung im Haushaltsplan zu finden ist. - Sie ist aber nicht darin zu finden, weil Sie nämlich keine Mittel eingestellt haben. Das ist das Problem dabei.

(Petra Tiemann [SPD]: Das ist nicht das Problem! Sie haben gesagt, es gibt keine Entschädigung!)

Sie suggerieren, Sie arbeiten das alles auf usw. usf. Sie sind also der Forderung der Betroffenen nicht nachgekommen. Wir haben das überhaupt nicht getan.

Jetzt der zweite Punkt. Frau Janssen-Kucz, Sie werfen mir vor, hier falsche Zitate aus der Anhörung gebracht zu haben.

(Petra Tiemann [SPD]: Sie haben Frau Janssen-Kucz nicht verstanden!)

Ich will Ihnen das noch einmal deutlich machen. Es ging nicht nur um den Professor - - -

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Das habe ich Ihnen nicht vorgeworfen!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Frau Kollegin Jahns! Ihre Zeit wird angehalten, sodass sie nicht angerechnet wird.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Das habe ich gar nicht gesagt!)

Angelika Jahns (CDU):

Doch!

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Ich darf hier wirklich um Ruhe im Plenarsaal bitten.

(Unruhe)

Angelika Jahns (CDU):

Ich habe - - -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment, bitte, Frau Kollegin! Sie haben ja Ihre Zeit.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Zuhören hilft!)

- „Zuhören“ gilt für alle.

Jetzt hat Frau Kollegin Jahns das Wort. Bitte!

Angelika Jahns (CDU):

Ich habe hier niemanden zitiert, der von uns eingeladen worden ist und nicht gekommen ist. Das wäre Herr Professor Isensee gewesen. Den haben Sie eben zitiert.

Ich habe darauf abgestellt, dass eine der Betroffenen in der Anhörung davon gesprochen hat, dass es zwei Professoren gegeben habe, die anderer Meinung seien als diejenigen, die dieses ganze Problem aufarbeiten wollen, und dass man die doch gar nicht einladen sollte.

Ich werde Ihnen einmal vorlesen, was dort steht:

„Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung. Neben mir waren heute u. a. auch die Professoren ... Uwe Backes und ... Eckard Jesse eingeladen. Wir haben die Namen vorab einmal recherchiert. Die beiden Professoren sind Wissenschaftler am äußeren

rechten Rand der Politik-, Gesellschafts- und Geschichtswissenschaft.“

(Petra Tiemann [SPD]: Das haben nicht wir, das hat eine Anzuhörende gesagt!)

„Sie sind in der Gruppe ihrer Kolleginnen und Kollegen wissenschaftlich außerordentlich umstritten mit ihren Extremismus- und Totalitarismustheorien und ihrem Postulat der ‚abwehrbereiten Demokratie‘.“

(Petra Tiemann [SPD]: Man kann doch einem Anzuhörenden nicht vorschreiben, was er sagt!)

„Beide arbeiten ganz eng mit dem Verfassungsschutz zusammen, treten dort gewissermaßen als Vordenker und Chefideologen auf und setzen sich massiv für die Bekämpfung sogenannter Extremisten ein.“

(Johanne Modder [SPD]: Angelika, Luft holen!)

„Als solche sind wir ja auch titulierte ... worden.“

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Kollegin Jahns, Sie haben Ihre Zeit deutlich überschritten. Sie müssen jetzt wirklich zum Ende kommen.

(Petra Tiemann [SPD]: Das sehe ich auch so!)

Angelika Jahns (CDU):

Ja. Ich bin so weit auch fertig. - Ich wollte nur klarstellen, dass wir die Anhörungen einstimmig beschlossen haben, und das ist nun mal Fakt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Wir fahren nun in den Beratungen fort. Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Birkner das Wort.

(Unruhe)

- Ich bitte noch einmal ausdrücklich um Ruhe im Plenarsaal. Erst dann werden wir fortfahren. Einen Moment noch, Herr Dr. Birkner! - Bitte!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ausgangspunkt der Diskussion über den

Radikalenerlass sind für uns die Wehrhaftigkeit der Demokratie und das Gebot, dass die Verfassung gegen jene zu verteidigen ist, die die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen. Dazu gehört auch, dass der Staat niemanden beschäftigt, der die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnt. Es ist vielmehr erforderlich, dass alle Bediensteten des Staates - seien es Beamte oder Angestellte - selbstverständlich verfassungstreu sind.

Das bedeutet in der Konsequenz auch, dass Personen, die die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen, aber dennoch in den Staatsdienst wollen oder bereits im Staatsdienst sind, gegebenenfalls aus dem Dienst - so heißt das in der Beamtensprache - zu entfernen sind, wenn sich feststellen lässt, dass Verfassungstreue nachweislich nicht gegeben ist.

Faktisch, meine Damen und Herren, kann das auch heute für jemanden, der ausschließlich als Beamter ausgebildet wurde, am Ende wie ein Berufsverbot wirken. Das ist auch die heute die Situation und die Rechtslage, in der wir uns befinden.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Die will auch keiner ändern!)

Diese Grundsätze galten früher und gelten auch heute. Sie sind nach unserer Überzeugung legitim und notwendig.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es mag sein - oder: es wird so sein -, dass die Grenze zwischen legitimen und notwendigen Maßnahmen auf der einen Seite und rechtswidrigen und überzogenen Maßnahmen auf der anderen Seite im Einzelfall - gerade im Hinblick auf den Radikalenerlass - überschritten worden ist. Das bedarf dann einer Einzelfallbetrachtung

(Zurufe von den GRÜNEN: Genau!)

und nicht dessen, was Sie, meine Damen und Herren, in diesem Antrag tun: Sie stellen das, was damals geschehen ist, mindestens in der Diktion in den Kontext eines Unrechtsstaates. Das ist bei dem Umgang mit dieser Thematik völlig inakzeptabel und völlig deplatziert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

In diesem Kontext stellen Sie Maßnahmen, von denen Sie jetzt in Zwischenrufen sagen, dass sie grundsätzlich auch heute richtig seien, in das Licht, eigentlich nicht notwendig und nicht gerechtfertigt

zu sein. Man kann Ihren Antrag so verstehen, dass Sie solche Maßnahmen pauschal ablehnen.

Sie müssen sich hier einmal davon lösen, eine ausschließlich rückwärtsgewandte Diskussion zu führen. Das Thema hat ja aktuelle Relevanz. Wir führen eine Diskussion über Reichsbürger in der Polizei. Es ist doch selbstverständlich, dass jemand, der diesen Staat ablehnt, nicht weiter in der Polizei seinen Dienst tun kann. Da müssen dann doch tatsächlich entsprechende Maßstäbe gelten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie stellen in dieser Debatte einen Antrag, in dem es beinahe wörtlich heißt: Politisch motivierte Berufsverbote lehnen wir pauschal ab. - Das wird dazu führen, dass jemand sagt: Warum darf denn ein Reichsbürger, der seinen Dienst anständig und ordentlich versieht, nicht in seiner Privatzeit entsprechende Meinungen äußern und haben?

Aus meiner Sicht, meine Damen und Herren, ist das unvereinbar, weil die inhaltliche Übereinstimmung mit unserer Verfassung da nicht gewährleistet ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir lehnen Ihren Antrag auch deshalb ab, weil sich - die Kollegin Jahns ist darauf eingegangen - in seiner Genese und in seiner jetzigen Form zeigt, dass Sie Ihr Urteil eigentlich schon gefällt haben. Das ist völlig legitim. Sie können da Ihre Meinung haben. Aber der müssen wir uns natürlich nicht anschließen. Wir vermissen eine offene Diskussion, die gerade auch Rückschlüsse auf die Gegenwart ermöglicht.

Wir finden es bemerkenswert, dass nunmehr die Landesregierung aufgefordert wird, einen Beauftragten - oder eine Beauftragte, muss man wohl mittlerweile sagen - einzusetzen. Das hätte die Landesregierung längst machen können. Dazu bedarf es doch keines Parlamentsbeschlusses. Wenn dies das zentrale Anliegen ist, warum haben Sie, Herr Minister, das nicht längst getan? Warum haben Sie dafür zweieinhalb Jahre gebraucht? - Das ist nicht mehr nachzuvollziehen.

Aus diesen Gründen werden wir als FDP-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Nun hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Janssen-Kucz das Wort. Bitte!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zweieinhalb Jahre nach Einbringung werden wir heute diesen Antrag in geänderter Form, wie auch die Kollegen festgestellt haben, beschließen. Wir bitten die Landesregierung, eine Beauftragte/einen Beauftragten zur Aufarbeitung der Schicksale der vom Radikalenerlass Betroffenen einzusetzen.

Ich bedaure, liebe CDU und liebe FDP, dass Sie nicht bereit sind, mit uns diesen Weg zu gehen. Sie waren auch nicht bereit, eine wissenschaftliche Kommission einzusetzen. In Teilen - Herr Birkner war etwas differenzierter - lehnen Sie das ganze Thema ab.

Uns ist es wichtig, das Thema aufzuarbeiten und daraus Rückschlüsse auch für die Gegenwart zu ziehen. Niedersachsen wird jetzt - auch gegen Ihre Überzeugung - eine Beauftragte zur Aufarbeitung dieses unrühmlichen Kapitels einsetzen. Das ist keine Distanzierung. Nein, Niedersachsen ist damit das erste Bundesland, das sich offensiv mit diesem Kapitel auseinandersetzt, es aufarbeiten will und daraus für die Zukunft lernen will.

Ich glaube, es ist nach 45 Jahren höchste Zeit. Bei uns waren 130 Menschen betroffen. Sie warten seit Jahrzehnten auf eine gesellschaftliche und politische Rehabilitierung. Bundesweit sind es über 11 000 Menschen. Tausende - meist linke - Oppositionelle wurden damals durchleuchtet.

Formal richtete sich der Erlass gegen Links- und Rechtspopulisten. In der Praxis traf er aber vor allem Aktive des linken Spektrums, aus linken Gruppen bis hin zu Friedensinitiativen.

Was ich ganz wichtig finde: Den Betroffenen wurden fast ausnahmslos vor allem legale politische Aktivitäten vorgeworfen: das Kandidieren auf Wahllisten, die Teilnahme an Demonstrationen, das Unterzeichnen politischer Erklärungen.

Das damalige politische Agieren macht deutlich: Der Radikalenerlass war ein Angriff auf Grundrechte wie das Diskriminierungsverbot, die Meinungsfreiheit und die Berufsfreiheit.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das sehen nicht nur wir von Rot-Grün so. Das hat auch der Europäische Gerichtshof so gesehen,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

der sehr klar geurteilt hat, die Praxis der Berufsverbote sei völker- und menschenrechtswidrig gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine funktionierende Demokratie braucht Menschen mit Zivilcourage, auch wenn uns manchmal deren Meinung nicht passt, Menschen, die sich politisch engagieren, Menschen, die ihre Stimme gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit erheben und Position beziehen.

(Björn Thümler [CDU]: Das gilt ja dann für die Reichsbürger auch!)

Ach! Bitte!

(Björn Thümler [CDU]: Ja! Das ist genau der Punkt!)

Können wir mal - - -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Kollegin, Sie müssen nicht in einen Dialog eintreten.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Nein. Ich will jetzt auch nicht in einen Dialog eintreten. Ich glaube, das hat wenig Substanz.

(Björn Thümler [CDU]: Schade! Das ist aber genau der Punkt! Das ist genau das Problem! Das passt nicht ins Weltbild!)

Wichtig ist, dass politisch motivierte pauschale Berufsverbote, Bespitzelung und Verdächtigungen nie wieder Instrumente unseres demokratischen Rechtsstaates sein dürfen. Mir liegt es persönlich sehr am Herzen, dass nach 45 Jahren politische und gesellschaftliche Rehabilitierung stattfindet.

(Glocke der Präsidentin)

Wir entschuldigen uns hier und heute für das Geschehene und bedauern das, was passiert ist, zutiefst. Wir zollen den Betroffenen Anerkennung und Respekt - Anerkennung auch dafür, dass sie bis heute mit großem Engagement für demokratische Prinzipien streiten, damit sich dieser unrühmliche Teil der Geschichte nicht wiederholt.

Einen Satz bitte noch: Wichtig sind uns auch die wissenschaftliche Begleitung, die öffentliche Darstellung und die weitere Verwendung der Ergebnisse in der politischen Bildung in Niedersachsen. Das ist keine Geschichtsklitterung. Wir wollen aus der Geschichte lernen und Geschichte ins öffentliche Bewusstsein tragen - gerade in das junger Menschen.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: So bestimmt nicht! So auf jeden Fall nicht!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Es gibt den Wunsch der Kollegin Jahns nach einer Kurzintervention. Bitte, Frau Kollegin!

Angelika Jahns (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Janssen-Kucz, Sie haben eben gesagt, wir seien gegen eine Kommission gewesen.

In der Beratung des ursprünglichen Antrags haben wir ausführlich darüber gesprochen, wie diese Kommission besetzt sein könnte. Es wären auch Abgeordnete aus den unterschiedlichen Fraktionen dabei gewesen. Sie haben sich jetzt dafür entschieden, eine Beauftragte zu benennen, obwohl Sie die Formulierung ja etwas korrigiert haben. Vielleicht können Sie mir mal beantworten, wie denn die Beteiligung des Parlaments aussehen soll.

Von einem Betroffenen wurde in der Anhörung gefragt, warum denn die Landeszentrale für politische Bildung damals von uns abgeschafft worden ist. Sie hätte die Aufarbeitung dieser Problematik vornehmen können. - Ich frage Sie: Warum haben Sie sich denn jetzt nicht die Landeszentrale für politische Bildung zunutze gemacht? Die hätte das vielleicht sachlich aufarbeiten können. Eine Beauftragte alleine? - Wir halten es für sehr schwierig, dass sie dieses Thema alleine bearbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Jahns. - Bitte, Frau Janssen-Kucz!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Jahns, Sie wissen genauso gut wie ich, dass die Landeszentrale für politische

Bildung gerade erst wieder im Aufbau ist und ihre Arbeit wieder aufgenommen hat und dass sie über zehn Jahre nicht aktiv war.

(Angelika Jahns [CDU]: Das wäre aber eine klassische Aufgabe gewesen!)

Hier geht es um einen Teil eines Kapitels mit wissenschaftlicher Aufbereitung. Das ist nicht in unserem gemeinsamen Konzept zum Aufgabenspektrum der Landeszentrale für politische Bildung vorgesehen.

(Angelika Jahns [CDU]: Das kann man doch erweitern!)

Der zweite Punkt: Wir bitten die Landesregierung, eine Landesbeauftragte einzusetzen und sie bei der wissenschaftlichen Zuarbeit zu unterstützen. Ich bin mir sehr sicher, dass diese rot-grüne Landesregierung Ihnen im Sinne von Transparenz die Ergebnisse hier im Parlament vorstellen wird und wir sie hier zur Kenntnis nehmen werden. Ich freue mich, dass wir diese Ausstellung irgendwann gemeinsam besuchen werden.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, so dass ich die Beratung schließen kann.

Wir kommen zur Abstimmung.

Im vorliegenden Fall lässt sich nicht zweifelsfrei feststellen, ob die jeweils auf eine Annahme in einer geänderten Fassung abzielende Empfehlung des Ausschusses oder der vorliegende Änderungsantrag sich inhaltlich weiter vom Ursprungsantrag entfernen.

(Angelika Jahns [CDU]: Die Landesregierung ist aufgefordert, eine Beauftragte einzusetzen! Wo ist der Minister?)

- Frau Kollegin Jahns, wir sind in der Abstimmung. Ich darf Sie um Ruhe bitten.

(Jörg Bode [FDP]: Ein Interview ist wichtiger? Das ist doch unglaublich! Ein Interview vor der Kamera ist wichtiger! - Jens Nacke [CDU]: Das Kabinett nimmt nicht mehr teil!)

- Herr Kollege Bode, das gilt auch für Sie. Wir sind in der Abstimmung!

Ich halte Sie damit einverstanden, dass wir zunächst über den Änderungsantrag und im Fall von dessen Ablehnung anschließend über die Beschlussempfehlung abstimmen.

(Zurufe von der CDU)

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 17/7131 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe!

(Jens Nacke [CDU]: Und das alles hier vor dem Kabinett? - Gegenrufe von der SPD und von den GRÜNEN: Was ist los? Wieso? - Jens Nacke [CDU]: Pistorius gibt draußen Interviews zu all seinen Fehlern, anstatt hier mal Stellung zu nehmen!)

Enthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde gefolgt.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist die Wahrheit! Das ist doch eine Missachtung des Parlaments!)

Damit wurde der Antrag in der Fassung des Änderungsantrags angenommen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Dann soll er zurücktreten!)

- Lieber Herr Kollege Nacke, die Landesregierung entscheidet selbst, ob sie zu einem Tagesordnungspunkt hier das Wort ergreifen möchte oder nicht. Für uns gilt es, das zur Kenntnis zu nehmen.

Ich möchte darauf hinweisen: Wenn wir in Abstimmungen sind und hier so massiv gestört wird, werde ich demnächst Ordnungsrufe aussprechen.

Ich stelle fest, dass mit der Annahme des Änderungsantrags zugleich die Beschlussempfehlung des Ausschusses nach § 39 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 31 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 unserer Geschäftsordnung abgelehnt ist.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 45:
Abschließende Beratung:
Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg - Girozentrale - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/6967 - Beschlussempfehlung des Aus-

schusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/7057 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/7089

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Ich eröffne die Beratungen.

Das Wort hat Herr Kollege Brinkmann von der SPD-Fraktion. Bitte, Herr Kollege!

Markus Brinkmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben unter diesem Tagesordnungspunkt heute über den vorliegenden Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die Bremer Landesbank zu entscheiden. Mit dem Staatsvertrag werden die Trägerverhältnisse der Bank neu geordnet. Die Bremer Landesbank hat bislang drei Träger: das Land Bremen, die Norddeutsche Landesbank und den Sparkassen- und Giroverband Niedersachsen.

Das Land Niedersachsen ist nicht Träger der Landesbank und wird es auch nicht. Durch die Übernahme der Trägeranteile der Freien Hansestadt Bremen und des Sparkassen- und Giroverbands wird die Norddeutsche Landesbank jedoch alleiniger Träger der Bremer Landesbank. Diesem Umstand trägt der vorliegende Staatsvertrag Rechnung.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich betone das, weil dazu und auch hinsichtlich der Mitwirkungsmöglichkeiten des Landes Niedersachsen sowie der Beteiligung des Landtages in der öffentlichen Berichterstattung gelegentlich das eine oder andere etwas durcheinander gebracht wird. Oder, um es unmissverständlich zu formulieren, Herr Grascha: Wir entscheiden heute eben nicht über den Kaufvertrag oder damit verbundene Vereinbarungen zwischen den bisherigen Eigentümern der Bank,

(Christian Grascha [FDP]: Aber das steht dahinter!)

sondern wir entscheiden heute im Kern über die auf staatsvertraglicher Ebene neu zu treffenden Regelungen zwischen den Ländern Bremen und Niedersachsen.

(Björn Thümmler [CDU]: Genau!)